

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 10 Pf. Alle Anzeigen, Verträge und Geschäftsbedingungen sind im Druck zu entnehmen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufener Hefen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angabenpreis: Die 8-spaltige Normgröße 20 Kpfr., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpfr. Die 2-spaltige Reklamgröße im täglichen Teil 1 RM. Nachweisgebühr 20 Reichspfennige. Sonstige Reklamen sind nach Vereinbarung zu begeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion des Tagesblattes ist in Wilsdruff, Dresden 2640. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Dresden 2640. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Dresden 2640.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostitz behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 38 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Montag, den 15. Februar 1932.

## Doch noch Lausanne.

Als Dr. Brüning nach Genf zur Abrüstungskonferenz fuhr, hat er auch Lausanne passiert. Er mag wohl etwas nachdenklich auf diese Stadt gesehen haben, wo ja bereits Mitte Januar die große Reparationskonferenz stattfinden sollte und dieses welthistorische Ereignis auch schon eifrig vorbereitet wurde. „Behüt' dich, es hat nicht sollen sein!“ — aber es ist zwecklos, die entrüstete Menge hinauszuschmettern in die Welt wie Trompeter von Säckingen; denn wenn ein wichtiger Punkt der wichtigsten Unterzeichnung des Young-Planes sich kräutert, zu einer solchen Konferenz zu gehen, „lässt halt nix machen“, wie es zwar wenig literarisch, aber volkstümlich heißt. Freilich wird mit dem Wortlaut des Baseler Sachverständigenutens einfach Schindluder getrieben dadurch, dass nun die Forderung dieses Berichtes, schleunigst und ohne Verzögerung zum mindesten eine Neuauflassung des Young-Planes an die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands in Angriff zu nehmen, mit einer Verschiebung der Konferenz bis zum Juni beantwortet wird. Auf der einen Seite steht die Erklärung der deutschen Regierung, dass die Konferenz im Juni stattfinden soll — Dr. Brüning soll das anlässlich seines Genfer Aufenthaltes noch einmal in einem Gespräch mit dem französischen Kriegsminister Tardieu ausgesprochen und unterstrichen haben —, auf der anderen Seite die Weigerung Amerikas, bestenfalls dann ein Entgegenkommen in der interalliierten Schuldfrage zu zeigen, wenn sich Europa zu einer gründlichen Revision der deutschen Tributfrage zu entschließen vermag. Eine einseitige Verlängerung des Hoover-Jahres ist aber ebenso unzulässig wie eine Wiederintraffierung des Young-Planes, weil Amerika diese Verlängerung den interalliierten Schuldnern gegenüber ausdrücklich abgelehnt hat. Daher ist die Anberaumung der Konferenz auf den Juni ungefähr das einzige, auf das die wichtigsten Unterzeichner des Young-Planes haben können. Diese Verzögerung ist des deutliche und politische gar nicht mehr zu übersehende Zeichen dafür, dass diesmal nicht, wie bisher immer, vor der Reparationskonferenz eine französisch-englische „Einigung“ zu erzielen war. Auch in der gemeinsamen amtlichen Erklärung ist alles offen gelassen. Sogar das wesentliche: der Charakter der beabsichtigten „Einigung“ — die Engländer wollten eine „endgültige“ Lösung, die Franzosen haben nur die Zusage einer „vorläufigen“ Lösung durchgesetzt. Diplomaten haben an solchen Spitzfindigkeiten ihre Freude; die Völkern, die als Schuldner unter dem Tributjoch stehen oder die auch nicht gerade leicht an den Folgen weltwirtschaftlichen Zerfalls zu tragen haben, sind in der Wortlaubei in einer Zeit höchst gleichgültig, in der so ziemlich alles — ohne Dauer ist, gleichgültig denn „endgültig“.

Von viel größerer Wichtigkeit, ja, von hoffentlich entscheidender Bedeutung ist vielmehr, dass man auf der zu beginnenden Konferenz nicht nur das Selbstverständliche tun will, nämlich sich über die im Baseler Bericht aufgeworfenen Fragen zu verständigen, sondern dass diese Verständigung auch noch über diesen Rahmen beträchtlich hinausgehen soll. „Verständigung“ — das ist ein Ziel und wir wünschen wollen statt dessen vorläufig und vorsichtig heute nur sagen: Verhandlung. „Verhandelt“ werden soll also keiner amtlichen Mitteilung zufolge auch — wohl hauptsächlich vor allem — über eine „Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die die gegenwärtige Weltkrise verursacht haben und diese verlängern können“. Damit ist ausdrücklich gesagt, dass die kommenden Konferenzverhandlungen viel mehr als nur die Zukunft des Young-Planes umfassen werden. Man hat außerdem in der Erklärung noch einmal die Hoffnung ausgesprochen, die internationale Lage“ würde erleichtert werden, wenn man, auf deutsch gesagt: eine weltwirtschaftliche, weltwirtschaftliche, Weltkredit- und Weltfinanzkonferenz anberaumt wird.

„Diesmal kann die Lösung des Problems“ — des weltwirtschaftlichen und des reparationspolitischen, die man zu einem einzigen, zu dem Problem geworden sind — nicht verschoben werden, wenn man die Gefahr eines weltwirtschaftlichen Zusammenbruchs der Weltwirtschaft vermeiden will“, schreiben die „Times“ als Kommentar zu der Erklärung über die kommende Konferenz. Auf Frankreich, das die Januar-Konferenz durch die Weigerung, nach Lausanne zu kommen, tatsächlich verhindert, wird die Schuld und die Verantwortung für die bis dahin kaum zu übersehenden Weltleiden, die Verantwortung auch dafür, wenn es dann nicht schon — zu spät sein wird.

## Die französische Auslegung.

Zu der Mitteilung wird in maßgebenden französischen Kreisen folgender Standpunkt vertreten: Die kommende Reparationskonferenz, die jedoch nicht unbedingt mit einer endgültigen Lösung sei. Jede Regierung behält sich uneingeschränkt das Recht vor, ihren bisherigen Standpunkt in vollem Um-

## Die deutschen Abrüstungsforderungen.

### Rundfunk-Interview des Reichskanzlers an Amerika.

Reichskanzler Dr. Brüning gewährte der National Radio Corporation ein Interview über Abrüstungsfragen, das auf den amerikanischen Funk übertragen wurde. Das Interview wurde in englischer Sprache gegeben und dauerte 22 Minuten.

Der Reichskanzler erwiderte auf die Frage, bis zu welchem Grade Deutschland tatsächlich abgerüstet habe, unter anderem folgendes:

Deutschland hat die durchgreifenden und sehr ins einzelne gehenden Bestimmungen des Teiles V des Versailleser Vertrages über seine Entwaffnung durchgeführt. Seine Armee ist auf 100.000 Mann beschränkt, die entscheidenden Waffen moderner Kriegsführung, die anderen Staaten als selbstverständlichen Teil ihrer Rüstungen betrachten, wie schwere Artillerie, Tanks und jede militärische Luftkraft, sind Deutschland verboten. Alle Befestigungen an der deutschen Westgrenze sind zerstört. Jegliche Mobilmachungsvorbereitungen militärischer oder sonstiger Art sind Deutschland verboten. Die Bewaffnung seines Heeres ist ihm bis ins einzelne vorgezeichnet. Die Auslieferung und Zerstörung des Materials an Flugzeugen, Geschützen, Maschinengewehren usw. ist in Zehntausenden von Kontrollbesuchen in allen Teilen des Landes aufs schärfste festgestellt worden. 1927 wurde die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen anerkannt.

Auch beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund 1924 wurde festgestellt, dass Deutschland seinen Entwaffnungspflichten nachgekommen ist.

Heute verhalten sich die militärischen Kräfte Deutschlands und Frankreichs für den Kriegsfall etwa wie 1:50. Von einer militärischen Sicherheit Deutschlands gegenüber anderen Staaten kann heute keine Rede mehr sein. Deutschlands Wehrlosigkeit ist besonders offenbar in Luftstraum. Nicht nur die Flugwaffe ist ihm verboten sondern auch jegliche Flugabwehr von der Erde aus. In Kriegszeiten wären

die deutschen Städte ohne jeden Schutz den Gas-, Brand- und Explosivbomben ausgesetzt.

Die Forderung auf gleiche Sicherheit mit den anderen Völkern ist deshalb eine ganz selbstverständliche Folgerung aus den tatsächlich bestehenden Verhältnissen.

Die zweite Frage an den Kanzler lautete, was Deutschland mit dem Worte Gleichheit bei den Erörterungen über die Abrüstung meine? Der Kanzler erwiderte u. a.: Wenn wir auf der Abrüstungskonferenz den Anspruch auf Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit erheben, so verstehen wir darunter, dass der Zustand einseitiger deutscher Entwaffnung und damit deutscher Unsicherheit aufhören soll.

Wenn nur einem einzelnen Lande eine so weitgehende Abrüstung auferlegt wird, wie die, die Deutschland vollzogen hat, so wird dieses Land in einen Zustand entehrender Disqualifizierung versetzt.

Ein Teil der politischen Unruhen in Deutschland hat hier in ihren Ursprung. Dieses Messen mit zweierlei Maß wird in Deutschland als empörend, als höchst ungerecht empfunden. Hiergegen gebe es schlechterdings nur ein Mittel, nämlich die Aufhebung der Disqualifizierung. Das meinen wir, wenn wir von Gleichberechtigung sprechen aber nicht, dass wir den Rüstungswettlauf anderer Staaten folgen, sondern, dass die Rüstungsbeschränkungen auch bei ihnen sinngemäß zur Anwendung kommen.

Auf eine dritte Frage erwiderte der Kanzler: Wenn man die durch die einseitige deutsche Entwaffnung herbeigeführte Diskriminierung aufrechterhalten wollte, würde man die Frage seiner Gleichberechtigung im Völkerbund aufrollen und darüber hinaus eine Grundfrage des Völkerrechtes in Zweifel setzen.

Wir könnten kein Abrüstungsabkommen unterschreiben, das dem Anspruch auf Gleichberechtigung auch hinsichtlich der Methoden der Rüstungsbeschränkungen nicht Rechnung tragen würde. Wir haben keineswegs die Absicht, durch übertriebene Forderungen einen positiven Ausgang der Konferenz in Frage zu stellen. Eines muß ich aber noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen:

Wir wollen die Gleichberechtigung Deutschlands und die Beseitigung seiner Disqualifizierung

dadurch, daß die anderen grundsätzlich die gleichen Verpflichtungen übernehmen, wie sie auf uns ruhen, das heißt durch einschneidende Abrüstungsmaßnahmen der noch nicht abgerüsteten Staaten.

Deutschland werde auch in Zukunft jede ehrliche Initiative unterstützen, die dem Frieden und dem Fortschritt dient. Was die Frage der

Internationalisierung der nationalen Rüstungen angeht, so wisse er nicht, wie er überhaupt dazu Stellung nehmen solle, solange nicht die wesentliche Verminderung des allgemeinen Rüstungsstandes und die Beseitigung der bestehenden Ungleichheit gesichert sei — Die letzte Frage, die sich auf die intern politische und finanzielle Lage Deutschlands bezog, veranlaßte den Kanzler zu dem Hinweis, daß trotz vielem Trennenden auch unbestreitbare Gemeinsamkeiten beständen.

In der Abrüstungsfrage und der Reparationsfrage herrscht im deutschen Volk nur eine Auffassung.

Die Forderung der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit wird vom ganzen deutschen Volke geteilt. Jede deutsche Regierung werde diese Forderungen vertreten müssen.

## Hindenburg stellt sich zur etwaigen Wiederwahl zur Verfügung.

### Eine Rundgebung des Reichspräsidenten

Berlin. Der Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Präsidenten des Reichstages, „Koschäuser“, General von Horn, der erneut das Vertrauen und die Treue der im Koschäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderungen hierzu von mir nicht von einer privaten Stelle, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereitwilligkeit eine Pflicht erlösen.

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterland treu und gewissenhaft dienen, um diesem nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einheit und zum Aufsteig zu verhelfen.

Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerster Zeit eigenmächtig aufgegeben zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

Berlin, den 15. Februar 1932.      gen. von Hindenburg.